

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 7-8

Artikel: Arbeitsgruppe Finanzbeziehungen : mehr politisches Gewicht
Autor: Bauer, Tobias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340759>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

menarbeit auch besser verkauft wird, dass man besser erklärt, was sie tut. Auf symbolische Aktionen kann man nicht verzichten. Wir dürfen die Entwick-

lungsfraue nicht den fundamentalistischen amerikanischen Sammelagenturen und den multilateralen Konzernen überlassen.

SPS-Studientagung: Arbeitsgruppe Finanzbeziehungen

Mehr politisches Gewicht

Folgende Feststellungen bildeten den Ausgangspunkt für die Diskussion, ob es im Bereich der Finanzbeziehungen neue Schwerpunkte entwicklungspolitischen Handelns gebe.

● Altbekannt ist, dass die wirtschaftlichen Beziehungen und im besonderen die Finanzbeziehungen der Schweiz mit der Dritten Welt einer solidarischen Entwicklungspolitik grösstenteils krasse zuwiderlaufen. Unbestritten ist in diesem Zusammenhang die entwicklungspolitische Maxime, wonach es wichtiger ist, *weniger zu nehmen als mehr zu geben*. ● Neu ist die Ausprägung der Finanzbeziehungen. Im Gefolge der Schuldenkrise sind weite Teile der Dritten Welt wirtschaftlich schlicht und einfach uninteressant geworden. Die Zeichen stehen auf Rückzug; neue Gelder fliessen keine mehr, und es findet eine Art *Abkopplung von oben* statt. Gleichzeitig sichern sich die Gläubiger ihre alten Forderungen mit Erfolg. Als Ausdruck davon hat sich beispielsweise das Total der statistisch ausgewiesenen schweizerischen Finanzflüsse in die Dritte Welt umgedreht; offiziell-statistisch finanziert die Dritte Welt heute die Schweiz.

● In diesem Zusammenhang denaturiert die Entwicklungshilfe mehr und mehr zu einer direkten oder indirekten *Beihilfe zur Schuldenrückzahlung* (indirekt vor allem, indem die sozialen «Flurschäden» der Schuldenpolitik gemildert werden). Gleichzei-

tig dient die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz auch als wichtiges Instrument der Annäherung an die Institutionen von *Bretton Woods*.

● Auf diversen Ebenen findet heute eine Sozialisierung privater Risiken statt: durch Entwicklungshilfe, Steuerverluste bei Rückstellungen der Banken und vor allem auch durch die geplante Umwandlung von Bundesvorschüssen an die Exportrisikogarantie (ERG) in Zuschüsse.

● Für einige besonders *menschenrechtsverachtende Regimes* (Südafrika, Türkei) bilden die Schweizer Banken nach wie vor eine entscheidende Finanzstütze. Vor diesem Hintergrund ergab sich in wesentlichen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung:

● *Entschuldungsmassnahmen* sind vordringlich. Nur mit umfassender Schuldenerleichterung, welche die Schuldendependenz und die damit zusammenhängende Exportförderung aufbricht, ist eigenbestimmte Entwicklung der Schuldnerländer möglich. In diesem Zusammenhang ist bei den geplanten Abschreibungen der ERG zulasten des Bundes zu fordern, dass solche Abschreibungen auf alle Fälle mit Streichungen von ERG-Forderungen gegenüber Entwicklungsländern zu verbinden sind.

● Nach wie vor liegt das entscheidende Gewicht der Schweiz bei der *Fluchtgeldfrage*. In der gegenwärtigen Diskussion um Schmutzgeld muss auch die Ka-

pitalflucht wieder stärker thematisiert werden. Als Mittel zur Bekämpfung des Fluchtgeldzuflusses sollten vor allem Besteuerungsmassnahmen (Verrechnungssteuer) in den Vordergrund gestellt werden.

● Die Sozialisierung des privaten Gläubigerrisikos ist bei der anstehenden ERG-Debatte zu thematisieren. Dabei sind auch die Forderungen bezüglich entwicklungspolitischer *Kontrolle der ERG* (Besetzung der ERG-Kommission) einzubringen.

● Generell müssen die wirtschaftspolitischen Entscheide aus der Dunkelkammer heraus; es braucht eine Demokratisierung und Politisierung dieser Entscheide (z. B. ERG, Mischkredite, Umschuldungen).

In vielen Fragen wurde in der Arbeitsgruppe keine Einigkeit erzielt, zum Teil konnten sie mangels Zeit nicht diskutiert werden: Konditionalität bei Umschuldungen und Entschuldung, Verhältnis der Schweiz zu IWF/Weltbank, Funktion der Entwicklungshilfe.

In der Diskussion traten sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen und auch Unverständnis zutage, vor allem zwischen Genossinnen und Genossen aus der Verwaltung einerseits und entwicklungspolitischen Aktivistinnen und Aktivisten anderseits. Dem Vorwurf der Systemimmanenz stand der Vorwurf des Abgehobenseins von der politischen Realität gegenüber. Einig war man/frau sich aber, dass es unabdingbar ist, die verschiedenen Seiten miteinander zu vernetzen, wenn entwicklungspolitische Forderungen der SPS grösseres politisches Gewicht erhalten sollen. Einstimmig wurde der Wunsch an die Entwicklungspolitische Kommission formuliert, die an der Tagung aufgenommene Diskussion zwischen den verschiedenen Seiten weiterzuführen.

(Berichterstatter: Tobias Bauer)